

Ein «Kopf hoch» für Andrea Dettling

Zum Interview «Andrea Dettling will zurück auf die Piste» vom 13. November.

Liebe Andrea Dettling. Mit Interesse und Mitleiden habe ich den Artikel über Ihre Karriere und Ihren langen Leidensweg gelesen. Ich erinnere mich noch genau daran, wie Sie vor Jahren jeweils vor dem Sponsorenlauf noch in meine Praxis kamen, um Ihren Rundenbonus zu sichern und danach wieder, um über Ihre Leistung Bericht zu erstatten und den verdienten Obulus als Zustupf für Ihre Alpinistkarriere einzutreiben.

Jugendliche, die ein Ziel vor Augen haben und dies mit Eifer verfolgen, imponieren mir gerade in einer Zeit voll «Gamen und Abhängen». Mittlerweile holen sich andere junge Sportler ihren Zustupf ab, jedoch möchte ich Ihnen weiterhin alles Gute wünschen und Ihnen ein «Kopf hoch» schicken!

PHILIPP KÜMIN, PFÄFFIKON



Ein Leserbriefschreiber fordert, dass Enten und Schwäne in der Badi nicht gefüttert werden sollen.

Bild zvg

Freiwillig auf das Füttern verzichten

Die Badesaison ist vorbei. Man flaniert gut eingekleidet an den Ufern – so auch auf dem Weg der Badi in Pfäffikon. Die Bucht ist sehr schön, allerdings leider nur die Sicht in die Ferne. Am Ufer tummeln sich Enten und Schwäne, doch was diese nach der Verdauung (von zu viel Hergebrachtem) so liegen lassen, stinkt sehr oft und sieht überhaupt nicht appetitlich aus.

Im Frühling wird dort der Badebetrieb wieder eröffnet. Die Wasservögel haben sich an den Ort gewöhnt und bleiben auch in den warmen Monaten dort. Einzelne Badende füttern dann das Federvieh sogar noch auf der Liegewiese. Das Resultat: verschmutzte Wiese und überhandnehmende Entenflöhe im Wasser. Dies ist ein Zustand, der sicher nicht zu einem gesunden Strandbad gehört.

Könnte man nicht während des Winters den Badi-Bereich (wenigstens als Versuch) am Ufer einzäunen? Und mittels Hinweistafeln darauf aufmerksam machen, dass die Tiere (wenn schon) nur auf der anderen Seite, also östlich der Schiffsanlegestelle, gefüttert werden sollten? Dies würde sicher zu einer wesentlichen Verbesserung der Qualität der Badi beitragen.

Übrigens: Verfaulendes Brot begünstigt das unerwünschte Algenwachstum im See beträchtlich; ein Kilo kann bis 1600 Kilogramm Algen wachsen lassen. Das Bafu (Bundesamt für Umwelt) erwägt bereits für gewisse Gebiete ein Fütterungsverbot. Freiwillige Einschränkungen sind sicher angebracht.

TONY BÜCHEL, PFÄFFIKON

Gleich lange Spiesse für Kleinparteien, bitte

Mit dem bevorstehenden Abstimmungswochenende und der emsigen Diskussion um die verschiedenen Vorlagen kann gut vergessen gehen, dass im Kanton Schwyz auf anderer Ebene ebenfalls ein ganz wichtiger politischer Entscheid bevorsteht: Morgen Mittwoch debattiert der Kantonsrat in einer ersten Lesung über das neue Wahlrecht. Dabei geht es um nichts Geringeres als den Zugang für alle zu den Hallen der Politik. Sowohl das von der SVP beabsichtigte Majorzwahlverfahren als auch die Anstrengungen, im regierungsrätlich vorgeschlagenen Proporzwahlverfahren eine Sperrklausel gegen kleine Parteien zu verhängen, rütteln massiv an der Gerechtigkeit zukünftiger Wahlen und stellen die Gleichberechtigung der Stimmbürger infrage. Lasst uns also unseren Kantonsräten genau auf die Finger schauen, wenn es um ihre Absichten gegenüber diesen zentralen Grundlagen unserer Demokratie geht.

Dem Majorz, bei dem oft die Hälfte aller abgegebenen Stimmen verloren gehen und die betroffenen Stimmberechtigten eigentlich genauso mit

hätten daheim bleiben können, wurden durch ein kürzlich gesprochenes Urteil des Bundesgericht strikte Bedingungen auferlegt, wodurch er für den Kanton Schwyz wahrscheinlich gar nicht mehr infrage kommt. Anders sieht es beim Proporz aus, der für viele ein fundamental gerechteres Wahlverfahren darstellt. Hier hat der Schwyzer Regierungsrat einen Vorschlag ausgearbeitet, bei dem weiterhin jeder Gemeinde mindestens ein Sitz im Kantonsrat zusteht, aber die Verteilung auf die Parteien gemäss erreichtem Wähleranteil stattfindet.

Der Grundgedanke dahinter, dass der Kantonsrat eine möglichst getreue Abbildung der politischen Kräfte im Kanton sein soll, wird nun von gewissen Akteuren aus SVP und FDP korrumpiert. Sie schlagen vor, eine zusätzliche, frei erfundene Hürde in Form einer Sperrklausel einzuführen, sodass nur Parteien mit mindestens drei Prozent Wähleranteil überhaupt Sitze belegen dürfen. Man kann als kleinere Partei 2,99 Prozent erreichen und kriegt trotzdem keinen einzigen Sitz. Die derzeit im Kanton aktiven Kleinparteien BDP, EVP, GLP und Grüne müssen nur je einige Prozent der Wähler für sich gewinnen (was sie derzeit tun), damit bereits wieder jede zehnte Stimme nicht zählen würde. Von getreuer Abbildung der politischen Kräfte kann dann keine Rede mehr sein.

Wollen wir wirklich ein Wahlverfahren, das auf künstliche Weise zehn oder mehr Prozent der Stimmberechtigten von der politischen Mitbestimmung im Kantonsrat ausschliesst? Wir befinden uns nicht mehr im Mittelalter, als die mächtigen Fürsten aus ihren gesicherten Burgen heraus über die umliegende Bevölkerung regierten. Dass sich die modernen Mächtigen, nämlich die grossen Parteien, in den Türmen der Politik zu verschansen versuchen und den Kleinen durch Hochziehen der Zugbrücke den ihnen zustehenden Zugang verwehren wollen, darf von keinem gemeinschaftlich denkenden Bürger hingenommen werden. Zeichnen wir uns in der Schweiz im Vergleich zu teilweise frappanten Scheindemokratien in anderen Ländern nicht gerade dadurch aus, dass alle politischen Akteure bis hin zum einzelnen Stimmbürger in die Gesetzgebung miteinbezogen werden, um konsensfähige Lösungen zu erarbeiten, die auch Minderheiten weiterhin teilhaben lassen? Verfolgen wir also aufmerksam, wie die Diskussion im Kantonsrat verlaufen wird.

MARTIN MÜLLER, LACHEN

Demokratie im Wahlverfahren

Nach einem langwierigen und kräftezehrenden Tauziehen sowie aufwendigem Positionierungsgerangel rund um ein modernes Wahlverfahren für den Kantonsrat steht die Legislative des Kantons Schwyz nun in der Pflicht, sich öffentlich zu bekennen und Flagge zu zeigen. Über die vergangenen Monate haben die Klein-

parteien EVP, GLP, GP und BDP zusammen mit der vertretungsstärkeren SP erfolgreich fundamentale Aufklärungsarbeit an der Basis betrieben. Die vorbereitende Kommission des Kantonsrats hat am 15. September mit dem Gegenvorschlag zur Majorzinitiative diese Vorarbeit zwar gebührend gewürdigt, jedoch einen kritischen Punkt offen gelassen – die Sperrklausel.

Kurz vor der Ziellinie droht nun ein Scheitern aufgrund dieser Sperrklausel und dem damit verbundenen Positionierungs-Jo-Jo einzelner Parteien. Klammert man die SVP, welche ohne Mühe auch in einem Proporzsystem dominieren würde, als wählerstärkste Partei aus, so stellt man fest, dass sowohl der Demokratiedanke als auch der Sinn für ein faires und beständiges Wahlverfahren den Ängsten über eine «unbekannte» Zukunft gewichen sind. Als Rettungsanker soll nun diese Sperrklausel – je nach Partei – zwischen einem bis fünf Prozent angesetzt werden.

Hätte man Vertrauen in das vorgeschlagene Proporzmodell, wäre die demokratisch korrekte Lösung, die auch die BDP Schwyz unterstützt, auf eine Sperrklausel zu verzichten. Auch gilt die These, dass sich die gefühlte Stärke der Partei umkehrt proportional zum geforderten Sperr-Prozent verhält. Somit ergeben sich in letzter Minute unnötig zermürbende Grabenkämpfe, welche sich zu guter Letzt lediglich als wahlpropagandistische Werbung entpuppen.

Als Brückenschlag könnte ein parteiübergreifender Kompromiss einer Sperrklausel von einem Prozent dienen. Damit würden die Unentschlossenen ihr Gesicht wahren und die Fiskalpolitiker die verminderten minimalen Mehrkosten eines Wahlverfahrens ohne Sperrminorität vorweihnachtlich preisen können. Der Mut für Neues fehlt im entscheidenden Moment.

PETER SCHWEIGHOFER, VIZE-PRÄSIDENT BDP KANTON SCHWYZ, SCHINDELLEGI

Handgestrickt und untauglich

Anlässlich der HEV-Versammlung vom 6. November im «Seedamm Plaza» wurde seitens der Initianten die zur Abstimmung stehende kantonale Doppelinitiative vorgestellt. Die beiden Referenten präsentierten einen handgestrickten Zahlensalat und versprachen Steuerersparnisse für Eigenheimbesitzer, welche nicht einhaltbar sind. In der darauffolgenden Frageunde erhielten die Besucher ausweichende Antworten, insbesondere bei Fragen nach konkreten Zahlen und Auswirkungen.

Die vorberatende Kommission und die Mehrheit des Kantonsrats empfehlen mit gutem Grund, am bewährten System im Kanton Schwyz festzuhalten, denn die übergeordnete Bundesgesetzgebung bleibt ohnehin bestehen, und die «Gestaltungsmöglichkeit» auf kantonaler Ebene sind marginal. Auch die FDP Kanton Schwyz beschloss deutlich die Nein-

Parole zur Doppelinitiative. Ich bin überzeugt, das Schwyzer Stimmvolk ist gut beraten, sich auf keine Experimente einzulassen und die beiden Initiativen als untauglich abzulehnen.

SIBYLLE OCHSNER, FDP-KANTONS RÄTIN, GALGENEN

Für die Gewerbler enorm wichtig

SP-Kantonsrat Andreas Marty kritisiert den Kantonal Schwyzerischen Gewerbeverband (KSGV), weil er den Hauseigentümergebiet aktiv in seiner Abstimmungskampagne unterstützt. Vorweg: Der Entscheid für die HEV-Doppelinitiative wurde anlässlich der Präsidentenkonferenz des KSGV nach sehr ausgiebiger Diskussion mit einer grossen Mehrheit unterstützt. Es geht dem KSGV grundsätzlich um die Sache, und die Delegierten hatten hier klar eine andere Meinung als der Regierungs- und Kantonsrat.

Eine andere Meinung als der Hauseigentümergebiet hatte der KSGV bei der Steuergesetz-Revision. Er unterstützte damals die Regierungsvorlage. Aber das gehört zur Demokratie. Die Präsidentenkonferenz war von der HEV-Doppelinitiative überzeugt, weil sie eine wirkliche Verbesserung im Schätzungsbereich bringt, nämlich moderate Schätzungen mit mehr Transparenz, weniger Bürokratie, Kosteneinsparungen bei der kantonalen Verwaltung und eine geringere NFA-Beitragslast. Vor allem für die Gewerbler sind zurückhaltende Schätzungen enorm wichtig. Sie reduzieren Kosten im zentralen Bereich «Gebäude». Sie erleichtern zudem die Nachfolgeregelung in Familienbetrieben. Deshalb sage ich Ja zur HEV-Doppelinitiative.

KARL FISCH, PRÄSIDENT KANTONAL SCHWYZERISCHER GEWERBEVERBAND, GROSS

Grenzenloses Wachstum stoppen

Was heisst Ecopop? Es ist eine Wortkreation von «Ecologie» und «Population». Also frei übersetzt: Das Bevölkerungswachstum darf nicht auf Kosten der Umwelt gehen. So lautet das Ziel der Initiative, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Was kann man da dagegen haben? Es gibt nirgends grenzenloses Wachstum. Doch wir verhalten uns, als ob es immer so weitergeht. «Die Wirtschaft kann die benötigten Fachkräfte nicht mehr rekrutieren», lautet eine viel zitierte Auswirkung der Initiative. Wirklich? Das steht in krassm Widerspruch, wie schnell das Personal dann plötzlich wieder entlassen wird.

Wir geben uns Trugschlüssen hin. Zum Beispiel, dass sich mit «Raumplanung» Probleme lösen liessen. Im Gegenteil: Der Druck auf die natürlichen Ressourcen nimmt laufend zu. Oder die «Wende mit Atomausstieg». Mehr Menschen gleich mehr Energie. Unverständlich ist die Bundesbehör-

den-Propaganda im Abstimmungsbüchlein (Seite 25), dass der Schutz der Umwelt zwar eine wichtige Aufgabe sei. Wie aber der Verbrauch generell beim heutigen Bevölkerungswachstum gesenkt werden könnte, bleibt unbeantwortet. Etwa mit der am 5. November geforderten «Bundes-Wasserstrategie», um sich bald die doppelte Bevölkerungszahl zu leisten – unter anderem mit dem Trinkwasserschutz bei Trockenheit vor der landwirtschaftlichen Nutzung. Von wo kommt denn künftig die Nahrung? Deshalb schiebe ich solchen Theorien den Riegel und stimme Ja zur Ecopop-Initiative.

RENÉ BÜNTER, SVP-KANTONS RAT, LACHEN

Wo bleibt die Fremdenfreundlichkeit?

Warum ein Land wie die Schweiz, das es sich leisten kann, Milliarden in Strassen und Infrastruktur zu pumpen, armen Ländern nicht 150 Millionen Franken für die freiwillige Familienplanung zur Verfügung stellen soll, verstehe ich überhaupt nicht. Ausgerechnet Leute in unserem Land, die an jeder Ecke eine Apotheke, einen Laden oder einen Arzt haben, wo sie sich mit Verhütungsmitteln aller Art eindecken können, wollen diese Möglichkeit armen Menschen verweigern. Wo ist denn da die viel gerühmte Menschenwürde und Fremdenfreundlichkeit?

GABRIELE FREI, PFÄFFIKON

Gold-Initiative gefährdet Arbeitsplätze

Nicht umsonst warnt der Schweizer Gewerbeverband vor dieser Initiative, welche mit dem Titel «Rettet unser Schweizer Gold» so harmlos daher kommt. Die Gold-Initiative gefährdet tatsächlich unsere Arbeitsplätze. Mit der Gold-Initiative wird die Unabhängigkeit unserer Schweizerischen Nationalbank (SNB) aufs Spiel gesetzt. Sie ist Gift für das Vertrauen in die SNB und schwächt diese massiv. In konjunkturell turbulenten Phasen würde der 20-Prozent-Gold-Zwang den Handlungsspielraum der SNB massiv einschränken. Dass Gold heute zudem eine äusserst wechselhafte Währung ist, sei hier nur am Rande erwähnt.

Die Nationalbank hat einen klaren Auftrag: Den Franken schützen, die Preise stabil halten und gute Bedingungen für unsere Wirtschaft schaffen. Bei einer Annahme der Gold-Initiative könnte die SNB ihre Aufgaben kaum mehr richtig wahrnehmen. Rasche und wichtige Reaktionen auf wirtschaftliche Entwicklungen wären fortan nicht mehr möglich. Die Initiative würde somit nicht nur unseren Exportfirmen schaden, sondern letztlich auch zahlreiche inländische Arbeitsplätze gefährden. Auch aus Sicht des Schwyzer Gewerbes ist die Gold-Initiative deshalb entschieden abzulehnen.

WALTER ZÜGER, SVP-KANTONS RAT, LACHEN